

## Kommunale Finanzen im Saarland: Keine Besserung in Sicht

### Kommunaler Finanzreport der Bertelsmann Stiftung: Kassenkredite bleiben auf bundesweitem Höchststand / Investitionen auf geringem Niveau / starker Rückgang der Bevölkerungszahl

Gütersloh, 20. August 2013. Die Finanzlage der Städte, Gemeinden und Landkreise im Saarland ist weiterhin äußerst problematisch. Das geht aus dem Kommunalen Finanzreport der Bertelsmann Stiftung hervor. So ist die Belastung mit Kassenkrediten pro Kopf nirgendwo höher. Diesen Krediten stehen keinerlei Werte oder Investitionen gegenüber. Zwischen 2007 und 2011 stiegen sie noch einmal um über 50 Prozent. „Viele Städte sind in einer Abwärtsspirale aus Überschuldung, Abwanderung und sinkender Attraktivität gefangen“, sagte Kirsten Witte, Kommunalexpertin der Stiftung. Risiken bestehen in den aktuell sehr geringen Zinssätzen und der rapide schrumpfenden Bevölkerungszahl. Die Bertelsmann Stiftung spricht sich daher dafür aus, die kommunalen Finanznöte in der kommenden Föderalismusreform zu behandeln.

Die Gesamtverschuldung der Kommunen im Saarland zum Stichtag (31.12.2011) betrug 2,9 Milliarden Euro. Das sind rund 800 Millionen mehr als 2007. Die Kassenkredite stiegen von 1,2 auf 1,8 Milliarden Euro. Sie machen mittlerweile über 60 Prozent aller kommunalen Schulden aus. Kassenkredite gelten als Kern der kommunalen Finanzkrise, weil sie ausschließlich der Liquiditätssicherung dienen. Sie sind damit Symbol der zunehmenden Handlungsunfähigkeit der Städte und Gemeinden, da mit steigenden Kassenkrediten auch der Raum für Investitionskredite und damit Bau und Instandhaltung von Straßen, Schulgebäude und sonstiger städtischer Infrastruktur enger wird.

Die Kassenlage der Kommunen unterscheidet sich von Bundesland zu Bundesland erheblich. In Sachsen – das einzige Bundesland, dessen Kommunen seit 2007 die Kassenkredite spürbar reduzieren konnten – beträgt die kommunale Verschuldung durch Kassenkredite 13 Euro pro Einwohner. Die Kommunen des Saarlandes bilden das andere Ende der Skala mit 1.754 Euro pro Einwohner. Im Bundesdurchschnitt sind es 580 Euro.

Im Gegensatz zu anderen Bundesländern existieren im Saarland im regionalen Vergleich kaum Lichtblicke. Zum Stichtag Ende 2011 sind mit Saarwellingen und St. Ingbert nur zwei Gemeinden frei von Kassenkrediten. Alle Landkreise müssen als hochverschuldet gelten. Die Landkreise Merzig-Wadern und St. Wendel verdoppelten die Kassenkredite zwischen 2007 und 2011.

Die seit Jahrzehnten bestehende hohe Verschuldung findet in hohen Zinszahlungen und geringen Bauausgaben ihren Niederschlag. Die Zinsausgaben sind pro Einwohner fast drei Mal höher als in Baden-Württemberg. Dabei profitieren die verschuldeten Städte und Gemeinden aktuell von den äußerst niedrigen Zinsen. „Die Erhöhung des Zinsniveaus schwebt wie ein Damoklesschwert über den Kommunen“, sagte René Geißler, Mitverfasser der Studie. Die Bauausgaben liegen pro Kopf auf dem geringsten Wert nach NRW. „Infrastruktur verfällt flächendeckend“, sagte Geißler.

Ein weiterer Indikator der Finanzsituation ist die Relation von Geldschulden und Finanzvermögen, überwiegend Bareinlagen und Anteilsrechte an Unternehmen. Im Saarland sind die Geldschulden mehr als 9,5 Mal höher als das Finanzvermögen. Nirgends ist die Relation schlechter. Einzig in Baden-Württemberg werden die Schulden vollständig gedeckt.

Auf Kritik stößt im Finanzreport, dass ein immer höherer Teil der kommunalen Schulden sich nicht mehr im Haushalt befindet, folglich für den Bürger nur schwer sichtbar wird. 59 Prozent ihrer Schulden haben die Kommunen bundesweit inzwischen ausgelagert – etwa in Beteiligungen an Unternehmen für Versorgung oder Wohnungswirtschaft. Das Saarland liegt hier mit 54 Prozent unterhalb des Durchschnitts. „In der Auslagerung stecken Chancen und Risiken, in jedem Fall aber schrumpft die Transparenz für Stadträte, Bürger und Aufsicht“, sagte René Geißler.

Die Gemeinden des Saarlandes sind im westdeutschen Vergleich relativ struktur- und damit steuererschwach. Doch auch die Hebesätze der Grundsteuer B als lokal zu gestaltender Steuerquelle liegen deutlich unter dem Bundesdurchschnitt (353 versus 398 Punkte). Die höchsten Grundsteuern erheben die sächsischen Gemeinden mit durchschnittlich 479 Punkten. Wesentliche Steuererhöhungen sind in den Jahren 2007 bis 2011 nicht beobachtbar. Die Gemeinden im Kreis Saarpfalz erhöhten die Grundsteuer B um 32 Punkte. Die Gemeinden des Kreises St. Wendel senkten sie um 9 Punkte. „Steuererhöhungen sind politisch unangenehm, aber langjähriger Einnahmeverzicht verschärft die Haushaltskrise“, sagt Geißler. „Eine Haushaltskrise im Ausmaß des Saarlandes kann aber über die Grundsteuer nicht mehr gelöst werden.“

Ein Abbau der Kreditbelastung ist für die Kommunen des Saarlandes allein nicht mehr erreichbar, so der Finanzreport. Der bereits seit Langem beobachtbare und zukünftig zunehmende Bevölkerungsverlust vergrößert die Problemlagen. „Ein Ausweg ist allenfalls langfristig möglich. Aus dieser Spirale führt nur ein gemeinsamer Kraftakt von Bund, Ländern, Kommunen und Bürgern“, sagte Witte. Einiges sei auf den Weg gebracht. So habe der Bund die Kommunen bei den Sozialausgaben entlastet. Darüber hinaus fordert der Finanzreport, die kommunalen Haushaltsnöte in der anstehenden Neuverhandlung der Bund-Länder-Finanzbeziehungen zu berücksichtigen.

*Zur Methodik des Kommunalen Finanzreports:*

*Der Kommunale Finanzreport 2013 analysiert die kommunalen Haushalte auf der Einnahme- und Ausgabeseite. Gemeinden und Gemeindeverbände werden für die jeweiligen Länder zusammengefasst, um strukturelle Unterschiede zwischen den Ländern aufzudecken. Grundlage sind die amtlichen Statistiken des Statistischen Bundesamtes. Die Kennzahlen werden jeweils pro Einwohner angegeben. Einzelne Städte und Gemeinden analysiert der Finanzreport nicht. Umfangreiche Kennzahlen für die einzelnen Kommunen (ab 5.000 Einwohner) bietet das Datenportal [www.wegweiser-kommune.de](http://www.wegweiser-kommune.de).*

**Rückfragen an: René Geißler, Telefon: 0 52 41 / 81-81 467**  
**E-Mail: [rene.geissler@bertelsmann-stiftung.de](mailto:rene.geissler@bertelsmann-stiftung.de)**

**Die komplette Studie, Pressemitteilungen für die einzelnen Bundesländer und Presse-Grafiken finden Sie unter [www.bertelsmann-stiftung.de](http://www.bertelsmann-stiftung.de)**